

Solidarität

unsere Chance

Nummer 149

Oktober 2020

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com

Covid-19: Angstmache statt Aufklärung. Warum und wer etwas davon hat?



Erfreulicher Weise gibt es seit der Pandemie immer wieder kritische Kommentare in den Medien, die zwar nicht die Gefahren des Virus in Frage stellen bzw. gar leugnen, gleichzeitig aber, zu Recht, die Polit-Propaganda der Regierung um die Anti-Covid-Maßnahmen in Zweifel ziehen bzw. ablehnen.

Eine Angstpropaganda sondergleichen begleitet die Corona-Politik. Als herausragendes Beispiel wird des Kanzlers „Saga“, jede/r wird bald wieder kennen, der am Virus verstorben ist, erwähnt. Diese Angstmacherei soll uns dazu bringen, all die Anti-Covid Maßnahmen widerstandlos zu schlucken und noch vieles mehr zu schlucken. Unter anderen stellt ein Gastkommentar in „Die Presse“ fest: *„Die Mehrheit der Österreicher ist gegen eine autoritäre oder gar totalitäre Regierung“* *„und die Angstmacherei der Regierung Kurz mit dem Covid-19 Virus befördert bei der Bevölkerung das Hinnehmen von Maßnahmengesetzen, Freiheitsbeschränkungen wie Überwachungs- und Registrierungspflicht“* ... *„Und die Novelle des Covid-19 sieht sogar vor, dass die Regierung die Österreicher wirklich einsperren darf“* (zit. aus: Die Presse, 25. Sept. 2020). Die massive Angstmache-Politik der Regierung ist nicht nur verantwortungslos, sie zielt auf Demokratieabbau und autoritärer Staat, siehe Orban, wie der Kommentar ausführt.

Covid-19 - der Virus ist ein willkommener Vorwand für den Ausbau des starken Staates: Innenminister Nehammer gibt uns schon bald wöchentlich einen Vorgeschmack dafür. Massiver Ausbau, Einsatz, Präsenz des Polizeiparates. Wir sollen uns an dauernde Polizeipräsenz gewöhnen.

**Zuerst Angstmache, dann
Hetze und Spaltung,
am Ende noch mehr
„starker Staat“.**

**Wozu dient der Ausbau
des starken Staates?**

Die Covid-19-Maßnahmen dienen noch anderen Zwecken: Sie dienen als idealer Vorwand, all die Folgen der Krise zu legitimieren. Die Folgen der Krise sollen noch mehr auf dem Rücken der Masse der Bevölkerung ausgetragen werden. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Armut steigen und steigen immer weiter. Und der Virus soll schuld sein, nicht das Profitsystem.

Wir sollen Angst haben, wir sollen den autoritären Staat hinnehmen, der noch deutlicher Politik für das große Kapital macht. Wir sollen steigende Arbeitslosigkeit, Mieten, Lebenskosten „coronabedingt“ hinnehmen. Wir sollen auf noch mehr Arbeitsdruck und Lohnraub eingestimmt werden.

Fortsetzung Seite 2

Was die Kapitalisten mit uns vorhaben, lassen sie z.B. die Chefredakteurin des „Kurier“, Martina Salomon, schreiben, die wieder gegen die arbeitenden Menschen in übelster Kurz-Blümel-Hofer-Manier hetzt:

„Statt ein neues Grundeinkommen zu kreieren (es gibt ja schon die ‚neue Sozialhilfe‘ so die Leitartiklerin, Anm. d. Red.), müssen wir es nach dieser Krise wohl alle ein wenig ‚billiger‘ geben. Es könnte weniger großzügige Zumutbarkeitsbestimmungen für neue Jobs geben, man wird einen längeren Arbeitsweg, flexiblere Arbeitszeiten akzeptieren müssen.“ („Kurier, 4. Okt. 2020)

Wir sollen auch in anderen Fragen gefügig gemacht werden wie z.B.:

- bei der sog. „Flüchtlingsfrage“, wo nicht die Kriege des Westens um Rohstoffe und Macht als Fluchtursache sichtbar werden sollen, sondern die Flüchtenden selbst zu Schuldigen gestempelt werden.
- bei der EU-Militarisierung, wo die Regierenden die Neutralität unseres Landes entsorgen wollen, obwohl die Bevölkerung zu mehr als 80% für die Neutralität Österreichs ist und nicht wieder für fremde Großmachtinteressen, im Rahmen von EU oder NATO, Deutschland, USA usw. in

Krisen, Konflikte, Kriege hineingezogen werden will.

Die Angstmacherei vor dem Virus soll uns zum Verstummen, zum Kuschen bringen, so dass wir alles ohne viel Widerstand hinnehmen.

„Wir sehen eine Intensität von Einschränkungen von Grund- und Menschenrechten, wie wir sie in der Nachkriegszeit bislang nicht erlebt haben“

(Michael Lysander Fremuth, Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Grund- und Menschenrechte in Wien zu den Corona-Maßnahmen) – zit. aus: „Wiener Zeitung“, 25. Sept. 2020

„Was ist, wenn es zu einem Gewöhnungseffekt von solcher Notstandspolitik kommt? Wenn es dann heißt: Bei Corona lief das ja gut, warum nicht auch beim Klima? Als Demokratieforscher bin ich höchst besorgt, wenn verfassungsmäßig garantierte Freiheiten einfach so suspendiert werden.“

(Wolfgang Merkel ist Politikwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin, WZB, dzt. auch am Institut für die Wissenschaft vom Menschen in Wien – zit. aus: „Wiener Zeitung“, 3./4. Okt. 2020)

*

Das kapitalistische System ist in seiner schwersten Krise seit dem 2. Weltkrieg, die wieder die große Masse der Arbeiter und Angestellte bzw. Masse der Bevölkerung ausbaden soll. Seit der letzten Finanzkrise von 2008 sind die Einkommen der Superreichen gigantisch gestie-

gen während nun ein Teil der Wirtschaft strauchelt bzw. Richtung Pleite geht und die Masse der Bevölkerung sich das Leben immer weniger leisten kann.

In den USA hat die US-Notenbank FED (die wichtigste private US-Bank, die das Geld druckt) allein in den fünf Wochen von März bis Mitte April zwei Billionen Dollar zur Rettung von großen Firmen und großen Banken aufgewendet, deren Aktien schon ein „Rating“ (Einstufung) eine Stufe vor Ramsch hatten. Diese Unternehmer werden in der Finanzwelt als „Fallen Angels“ (gefallene Engel) bezeichnet, die gerettet werden (siehe „Die Presse“, 24. April 2020). Reizend – Milliarden für die großen Pleitemacher und die Masse der Bevölkerung zahlt wieder die Zeche.

Ebenso in Europa: die Europäische Zentralbank hat nun bis zu einer Billion Euro (1.000.000.000.000) bereitgestellt, um Aktien der europäischen Konzerne die in den Ramschbereich abdriften, zu kaufen, also auch bei uns werden Milliarden für die „armen“ Reichen bereitgestellt.

Während die Reichen gerettet werden, schicken die geretteten Reichen Hunderttausende Menschen in Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und soziales Elend.



Im Windschatten von Corona:

Was machen die großen Unternehmen und Konzerne?

Sie nehmen Steuergeld, trotzdem zahlen sie aber Boni und Dividenden an sich und die Aktionäre aus. Und kaum haben sie die Hilfen erhalten,

- kündigen sie Beschäftigte (Swarovski, voestalpine, FACC, Casinos Austria, Umdasch, usw.)
- sperren ganze Standorte zu (ATB-Spielberg, MAN-Steyr)
- drohen mit dem Zusperrern (AUA, Sandoz-Biochemie Kundl, Agrana, usw.) und erpressen so Staatsgeld und Ausnahmeregelungen,
- wollen für diejenigen, die noch Arbeit haben, Arbeitsbedingungen verschlechtern (noch weniger Arbeitszeitregelung, Arbeiten auf Abruf, länger arbeiten ohne Bezahlung – siehe aktuell beim Postbus –, Homeoffice, usw. durchdrücken)
- drücken Löhne und Gehälter (siehe Metaller-KV-Abschluss von lächerlichen 1,45 %!)
- umgehen skrupellos reguläre Arbeitsverhältnisse oder verlangen sogar offen Lohnverzicht . . .

Unter dem Vorwand von Corona heißt es jetzt:

Geld her oder Zusperrren – oder beides

Damit die Profite stimmen - Kündigungswelle und Betriebsschließungen!

Immer mehr große Betriebe in Österreich kündigen jetzt sehr viele Arbeiter und Angestellte. Damit bedrohen sie Tausende Familien und ganze Regionen in ihrer Existenz:

VW/MAN Steyr/OÖ (2.300), Swarovski-Wattens/Tirol (1.600), FACC in Ried/OÖ (650), Casinos Austria (600), Voestalpine in Kindberg und Kapfenberg (550), ATB-Spielberg, Stmk. (360), Doka in Amstetten/NÖ, (300), AVL List in Graz (220), Agrana-Zuckerfabrik in Leopoldsdorf/NÖ (150), Sacher in Wien und Salzburg (150), Mayr-Melnhof in Hirschwang/NÖ (130), Isovolta in Wr. Neudorf/NÖ (80), BTW (60) ... AUA baut trotz Staatshilfe 1.000 Stellen ab – vorerst ohne Kündigungen ... Die Liste wird täglich länger.

Wirtschaftsforscher und Kreditverbände sehen darin aber nur den Anfang einer noch kommenden größeren Kündigungswelle! Beschäftigte, Betriebsräte und die Menschen vor Ort wehren sich, Gewerkschaften und Arbeiterkammern unterstützen die Anliegen und Proteste. Die Betroffenen zeigen auf, dass nicht Corona dahintersteckt, sondern beinharte Profitmaximierung.

ATB-Spielberg



1.000 Menschen protestieren

Die ATB-Beschäftigten bezeichnen die Vorgangsweise der Eigentümer, das ganze Werk zu schließen und in Billiglohnländer zu verlagern als „skrupellos“. Nachdem die ATB-Betriebsräte wochenlang nichts von der Regierung hörten, dann die zynische Antwort bekamen, dass ihr Brief verlegt wurde und sie sich an die Arbeitsministerin wenden sollen und nach weiteren Wochen Bundeskanzler Kurz zu keinem Gespräch bereit war, wendeten sich die Betriebsräte mit einem öffentlichen Brief an Parlament und Regierung. Darin heißt es unter anderem:

„Die gesamte Produktion soll von Spielberg in ein Billiglohnland verlagert werden, als Mittel zum Zweck wurde unter dem Vorwand der Corona-Krise Insolvenz angemeldet ... Unter exzessiver Ausnutzung des Insolvenzrechts werden nun im laufenden Sanierungsverfahren unsere Maschinen an eine osteuropäische Konzerntochter verkauft.“

Die Republik Österreich, die Finanzprokurator, die das Finanzministerium vertritt, hat der ATB-Werksschließung im Konkursverfahren zugestimmt. Laut ATB-BRV Michael Leitner, hätte der Staat durch die Finanzprokurator als größter Gläubiger im Sanierungsverfahren die Abwanderung verhindern können. Der Eigentümer der ATB, der chinesische Konzern Wolong, hätte das Insolvenzrecht missbraucht, weil er eine Liquidierung der Produktion als Sanierung dargestellt habe. Die AK hat daher beim Oberlandesgericht Einspruch gegen die Entscheidung im Konkursverfahren eingelegt. Dass der ATB-Konzern seiner eigenen Konzern-Tochter in Spielberg alle Maschinen abkauft, um sie nach Osteuropa zu verlagern, halten ÖGB und AK für einen Missbrauch

des Insolvenzrechts. So wurde auf Steuerzahlerkosten der ATB-Standort zum Sondertarif ins Ausland verlagert.

Übrigens: Der Chef der Finanzprokurator ist Wolfgang Peschorn, der sich sonst so gerne als „Anwalt der Republik“ präsentiert, der um jeden Cent kämpft. Bei ATB wohl nicht!

VW-MAN-Steyr

Volkswagen/MAN-Steyr ist ein profitabler Betrieb, hat Millionen an österreichischen Staatshilfen erhalten und will jetzt den ganzen Standort mit 2.300 Beschäftigten schließen, so BRV Erich Schwarz. Zudem wurde die Standortvereinbarung mit Jobgarantie bis 2030 vorzeitig einseitig von MAN gekündigt.

Mit den radikalen Maßnahmen wollen die VW-Bosse das Ergebnis der VW-Tochter um rund 1,8 Mrd. Euro verbessern.

Der Umsatz der Münchner Konzernmutter Traton, die zum VW-Konzern gehört, macht 11 Mrd. Euro aus. Die Aktionäre erhalten eine 1/2 Mrd. Euro an Dividenden, die Vorstände 11 Mio. Euro.

Weiters sind in Steyr zuletzt noch 60 Millionen Euro in eine neue Lackiererei - die größte Lackieranlage Europas für Lkw-Kunststoffanbauteile - investiert worden. Geld spielt also keine Rolle!

Jetzt sollen nach Drohung des deutschen VW-Konzerns mit Standortschließungen, darunter auch Steyr, wieder Löhne gedrückt und öffentliche Gelder erpresst werden, damit die VW-Konzerngewinne gesichert sind. Ähnlich wie es die Lufthansa-Bosse bei der AUA machen.

Fortsetzung Seite 4

Wir unterstützen voll und ganz den von den VW-MAN-Steyr-Betriebsräten und den Gewerkschaften angekündigten **WARNSTREIK und ÖFFENTLICHEN PROTEST in STEYR am 15. OKTOBER 2020**

und rufen zur aktiven Teilnahme auf.

„Mit den zahlreichen Zulieferbetrieben sowie der Bedeutung als Auftraggeber für viele andere Unternehmen wären bei einer Standortschließung mindestens 6.000 Arbeitsplätze direkt betroffen oder akut gefährdet und tausende Familien in ihrer Existenz bedroht“, befürchten die Stadt- und Ortschefs von 23 Umlandgemeinden in einem Brief.

Doch das scheint die VW-Konzernleitung nicht zu beeindrucken, solange es keinen effektiven Widerstand gibt. Von der Österreichischen Bundes- und OÖ-Landesregierung erhoffen sie sich durch diese Erpressung viele frische Millionen. Und welche Garantien geben sie? Und wenn, sind sie dann das Papier wert auf dem sie geschrieben sind? Wohl genauso nichts wie die jetzige vorzeitig gekündigte Standortvereinbarung.

Und die Hoffnung, ob die jetzt von MAN gekündigte Standortvereinbarung überhaupt rechtsgültig war, schwindet. Rechtsgültig wäre sie laut dem Juristen Elias Felten, Vorstand des Instituts für Arbeits- und

Sozialrecht an der Linzer Johannes Kepler Universität nämlich nur, wenn es eine Vereinbarung zwischen Konzern und Gewerkschaft gäbe.

„Laut dem oö. Landesvorsitzenden und stv. Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft PRO-GE, Hans-Karl Schaller (auch Voestalpine-Konzern-BRV, sei der Standort- und Beschäftigungssicherungsvertrag allerdings ein Abkommen zwischen der MAN-Unternehmensleitung in Steyr und dem Betriebsrat. Es sei ein Deal gewesen, mit dem im Gegenzug die Arbeitszeiten in der Produktion flexibilisiert worden seien, betonte er.“ (Industriemagazin, 23. 9. 2020

Das heißt schlicht und ergreifend: An echtem Widerstand und Kampf führt kein Weg vorbei.

*

ATB-Spielberg, MAN-Steyr oder die Ankündigung von Tiroler Seilbahnbetreibern trotz „Versorgungsauftrag“ im Winter nicht aufzusperren, weil sich ein Betrieb nicht rentiere, zeigen: wer die Produktionsmittel in der Hand hat, der kann, wenn man ihn lässt, diktieren – auch dem Staat – wie das Beispiel der Entscheidung

der Finanzprokurator bei der ATB-Insolvenz beweist. Die Regierung muss gezwungen werden, tatsächlich und effektiv auf der Seite der arbeitenden Menschen zu stehen! Ansonsten ist sie eine „Orban“-Regierung.

Die Hoffnung, dass die Regierung oder auch der „Sozialpartner“ Unternehmer durch „freundliches Zureden“ oder „heftiges Sozialpartnerverhandeln“ tun werden, was die arbeitenden Menschen brauchen, ist vergeblich. Schon beim Verkauf des Semperit-Reifenwerkes ins Ausland Ende der 1990er Jahre haben im Nachhinein dortige Betriebsräte erkannt: **MEHR HANDELN STATT VERHANDELN**. Richtig! Nur so kann jetzt und in Zukunft Zusperrern und Ausverkauf verhindert werden.

Gemeinsam und gestützt auf die eigene Kraft - gegen die Zusperrerr!

**Unsere Stärke Solidarität!
Unsere Chance, Widerstand!**

Quellen: Betriebsrät*innen, AK, ÖGB, PRO-GE, GPA-djp, kontrast.at, Industriemagazin, diverse Tageszeitungen, Leser*innenberichte, ORF, APA

XX

MERCOSUR durch die Hintertür?

Im Schatten von Corona will die EU das Handelsabkommen mit Südamerika* gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerungen durchdrücken.

Vordergründig wird Brasilien mit seinem Rechtsaußen-Präsidenten Bolsonaro vor allem wegen der Amazonas-Regenwald-Brandrodungen scharf kritisiert. Wenn es aber ums große Handelsgeschäft geht, sind alle Beteuerungen zu Klimaschutz, Umweltschutz, Regionalität oder zum „Schutz der Bauern“ Schall und Rauch. Die Einfuhr von mit Hormonen und Antibiotika gemästeten Rindern soll um 50% auf 300.000 Tonnen, die Importe für Zucker um 10.000 Tonnen (das wird die Agrana-Vertragsbauern „freuen“), die von Bio-Ethanol um 650.000 (!) Tonnen erhöht werden.

Zudem werden z.B. in Brasilien an die 150 Pestizide in der Landwirtschaft versprüht, die in der EU verboten sind. Vor einem Jahr, unter der Regierung Bierlein, hat Österreich gegen den Mercosur-Pakt gestimmt und ihn damit zu Fall gebracht. Heute ist Kanzler Kurz zwar gegen das Abkommen, aber nur *in der jetzigen Form*. Kurz, der sich in den Medien gerne auch so EU-kritisch gibt, hält sich – und damit den EU-Konzernen – eine Hintertür offen. Und die EU-Hintertüre schaut so aus: Mercosur besteht aus einem Handelspakt und einem politischen Assoziierungsabkommen. Einstimmigkeit braucht es in der EU nur für den letztlich unverbindlichen politischen Teil, nicht für den wichtigeren Handelsteil! Deshalb will die EU jetzt das Abkommen splitten. Österreich, vermittelt der Regierung Kurz-Kogler, könnte dann zwar wahlwirksam beim Nein bleiben. Auf das Handelsabkommen hätte das aber keinen Einfluss, das Abkommen würde vorläufig in Kraft treten – mit den oben dargelegte katastrophalen Folgen! Daher **NEIN zum Pakt!**

* Vertragspartner im Mercosur sind einerseits die EU, andererseits Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay sowie die assoziierten Staaten Bolivien, Chile, Columbien, Ecuador, Guyana, Surinam)

Quelle: Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“ Nr. 3/2020

AUVA:
Lorenz Böhler
**Unfallkrankenhaus – Anfang
vom Ende?**



Dass diese Befürchtung berechtigt ist, lässt eine Antwort von Gesundheitsminister Rudolf Anschober auf eine parlamentarische Anfrage von SPÖ-Abgeordnetem Rudolf Silvan vermuten. Soll das vor den Wiener Wahlen nicht publik werden? Analyse eines aufmerksamen Lesers der parlamentarischen Beantwortung.

REPUBLIC ÖSTERREICH
Parlament

PARLAMENT AKTIV | PARLAMENT ERKLÄRT | WER IST WER | MEDIATHEK | GEBÄUDE UND FÜHRUNGEN | SERVICE

Aktuell im Parlament
Parlamentskorrespondenz
Regierungsvorlagen und Gesetzesinitiativen
Anfragen und Beantwortungen
Begutachtungsverfahren und Stellungnahmen
EU-Datenbank
Beteiligung der BürgerInnen
Alle Verhandlungsgegenstände
Suche mit Dokumentnummer
Schlagwortsuche
Plenarsitzungen
Ausschüsse
Untersuchungsausschüsse
Parlamentarische Enqueten und Enquete-Kommissionen
Stenographische Protokolle

* Start * Parlament aktiv * Anfragen und Beantwortungen * Nationalrat - XXVII. GP * Beantwortungen * 2947/AB

geplante Neuausrichtung des UKH Lorenz Böhler und (un)freiwilliger Job-Rotation des medizinischen Personals zwischen den AUVA Krankenhäusern Lorenz Böhler und dem UKH Meidling (2947/AB)

Anfragebeantwortung
Anfragebeantwortung durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Rudolf Anschober zu der schriftlichen Anfrage (2949/J) der Abgeordneten Rudolf Silvan, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend geplanter Neuausrichtung des UKH Lorenz Böhler und (un)freiwilliger Job-Rotation des medizinischen Personals zwischen den AUVA Krankenhäusern Lorenz Böhler und dem UKH Meidling

Anfragebeantwortung / PDF, 916 KB

Beantwortet durch: **Rudolf Anschober** Regierungsmitglied Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
beantwortet geplante Neuausrichtung des UKH Lorenz Böhler und (un)freiwilliger Job-Rotation des medizinischen Personals zwischen den AUVA Krankenhäusern Lorenz Böhler und dem UKH Meidling (2949/J)

24.09.2020 Einlangen im Nationalrat

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_02947/index.shtml

Ich finde folgendes ersten Absatz - Frage 1 - bemerkenswert:

Zitat Antwort Anschober:

„Seitens der AUVA gibt es zum Standort Lorenz Böhler/Brigittenau ein klares Bekenntnis. Der Standort Lorenz Böhler/Brigittenau des Traumazentrums Wien wird zum einen im Sinne eines Zentrums für ambulante Erstversorgung (ZAE) weiterentwickelt und zum anderen weiterhin einen bettenführenden Bereich betreiben. Die nähere Ausgestaltung ist derzeit Gegenstand von Verhandlungen mit der Stadt Wien bzw. dem Wiener Gesundheitsverbund.“

Wenn man die Definition des ZAE, die Modellbeschreibung, die fachlichen Kriterien an die

Ausstattung und Personal im ÖSG 2017 in der aktuellen Fassung vom 27.9.2019 (Seite 155 f) ansieht, so muss schon festgestellt werden, dass die hier vom Minister (oder seiner Schreiber) verwendete Formulierung: "weiterentwickelt" eigentlich nicht als Fortentwicklung, sondern eher als Downgrading, also als Herabstufung zu bezeichnen ist.



Mehr zum ÖSG:

<https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitssystem-und-Qualitaetssicherung/Planung-und-spezielle-Versorgungsbereiche/Der-%C3%96sterreichische-Strukturplan-Gesundheit-%E2%80%93-%C3%96SG-2017.html>, bzw.:

<https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitssystem-und-Qualitaetssicherung/Planung-und-spezielle-Versorgungsbereiche/Der-%C3%96sterreichische-Strukturplan-Gesundheit-%E2%80%93-%C3%96SG-2017.html>

Aus einem Traumazentrum wie das Lorenz Böhler UKH derzeit auf seiner Website beworben wird (www.ukhlorenzboehler.at/), wird hier unter den Ausstattungskriterien

möglicherweise in Zukunft funktionell ein Platz, an dem Erstversorgung und basale Traumatologie praktiziert werden soll.

Die **basale Traumatologie** wird im Glossar des ÖSG folgendermaßen beschrieben: *"Unfallchirurgische Basisversorgung einfacher Verletzungen gemäß Aufgabenprofil für Primärversorgungseinheiten."*

Das könnte bedeuten, **wenn nur eine Einstufung ZAE** geplant und verhandelt wird, dass selbst die niederen Ausstattungsstufen der Traumaversorgung (siehe Seite 122, 123 im ÖSG) hier nicht realisiert werden können.

Derzeit ist das Lorenz Böhler UKH im Wiener Regionalplan Gesundheit (RSG-WIEN) als "UCH"-Unfallchirurgie mit 118 Normalbetten + 10 Intensivbetten in der Planungsmatrix abgebildet (Anhang A Blatt 26).

Wenn es derzeit also Verhandlungen der Stadt Wien bzw. des Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) mit der AUVA über die Verwendung und Zukunft des Lorenz Böhler UKH gibt, wäre schon denkbar, dass es hier zu einer „Kooperation“ oder zu einem „Deal“ zwischen den beiden hinauslaufen wird.

Der Deal könnte also so lauten:

Die Stadt Wien bekommt innerhalb des auf basale Unfallversorgung abgespeckten Lorenz Böhler UKH eine zusätzliche ZAE Einheit mit einigen Betten für eine ZNA – Zentrale Notaufnahme. Dafür toleriert die Stadt den Abbau eines Traumazentrums im 20. Bezirk und somit die Zentralisierung der AUVA-Versorgung auf das Haus in Meidling.

Angesprochen wurde diese Vorgänge in der Öffentlichkeit kaum, gerade einmal, usw. zu Jahresbeginn (siehe: "Die Presse", 17. 1. 2020

Schlussbemerkung der Redaktion:

Bemerkenswert in der Anfragebeantwortung von Minister Anschöber ist auch, dass er bei wichtigen Fragen auf die „Selbstverwaltung“ verweist. Diese ist ja in der AUVA fest in ÖVP-Unternehmerhand – die bekanntlich die AUVA-Kosten senken will! Damit beißt sich die Katze in den Schwanz und Minister Anschöber entzieht sich der inhaltlichen Beantwortung.



<http://prosv.akis.at>

AK-Umfrage:

Besser ist besser: Wo der Sozialstaat jetzt ausgebaut werden soll

Die Menschen in Österreich sehen in vielen Bereichen Verbesserungsbedarf:

- Fast 90 Prozent wünschen sich eine Ausweitung der Leistungen des Sozialstaates.
- Fast 90 Prozent sagen, der Druck in der Arbeitswelt steigt.
- Über 85 Prozent finden, dass die Ungleichheit mittlerweile zu groß ist.
- 74 Prozent wünschen sich einen Ausbau der Bildung.
- 63 Prozent sind für bessere Kinderbetreuungsangebote.

Quellen: AK Umfrage und Umfrage Ifes, „So gerecht ist Österreich“

Leser*innen schreiben:

4 Tage Woche ohne Arbeitszeitverkürzung?

Rechtsanspruch auf Verteilung der Arbeitszeit auf 4 Tage:

38 h sind 9,5 h am Tag, 4 Tage hintereinander auf den Beinen (ohne zu sitzen) halten die Füße nicht auf Dauer aus. In der Praxis gibt es auch noch kurze Pausen mit langen Wegen zum Pausenraum. Hinzu kommen die Wege von/zur Arbeit und zuhause. Ein Erleichterung wäre die 4 Tage nicht hintereinander absolvieren zu müssen. Viele bräuchten dann den 5.Tag, um die Beine hochzulagern - sinnvoll? In weiterer Folge Schmerzmittel, um diese 4-Tage-Woche durchzustehen - im wahrsten Sinn des Wortes. 4-Tage nicht zwangsläufig hintereinander!

Aufstockung der Arbeitsinspektoren: *Wenn viele nichts sehen wollen (wie im Burgenland) ist es mit der bloßen Anzahl der Inspektoren nicht getan. In der Praxis kennen sich Inspektoren und Unternehmer oft. Speziell im Gastgewerbe wird nicht oder nicht korrekt angemeldet bzw. zwischendurch abgemeldet. Die Konsequenz der geringen Pension tragen die ArbeitnehmerInnen. Arbeitnehmer UND Arbeitgeber sollen für die Anmeldung bei SV zuständig sein - doppelte Kontrolle.*

MMS, NÖ



AKTIONSKONFERENZ

Samstag, 17. Oktober 2020, 14.00 Uhr

Niemanden zurücklassen

Die ungleichen Auswirkungen der Krise, die unzureichenden Antworten der Regierung und die geforderten Soforthilfen.

- * Arbeitslosengeld auf 80% erhöhen
- * Ausreichende Unterstützung für Kleinbetriebe
- * Mehr öffentliche Investitionen in Gesundheit, Pflege, Soziales, Bildung, Umwelt und öffentlichen Verkehr

Ort: WUK, Initiativenraum, Stiege 5, 1. Stock,
Währinger Straße 59, 1180 Wien

Anmeldung bis 14.10.2020: oesolkom@gmx.at Wir leiten dann die Anmeldung an den Veranstalter „Selbstbestimmtes Österreich“ weiter.

*

65.
Jahrestag
der
Erklärung
der
immerwährenden
Neutralität

Konferenz für
Neutralität und
Frieden

Österreichische
Friedensbewegung

75.
Jahrestag
der
Gründung
der
Vereinten
Nationen

Wie sicher ist der Friede heute?
Bundespräsident a.D. Dr. Heinz Fischer

Neutrales Österreich – Quo vadis?
Priv.-Doz. Mag. Dr. Thomas Rothner, Friedensforscher

Die Rolle der UNO
als globales Friedensinstrument
Dr.h.c. Angela Kane,
Vice President International Institute for Peace

Freitag, 23. Oktober 16:00 Uhr
ÖGB-Catamaran, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
(Wilhelmine-Moik-Saal)
Anmeldung erforderlich: international@oegb.at, 01/53444/39328



Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

149/20

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen"
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-
reichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstüt-
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift
ist die des obgenannten Vereins.

Aktive Neutralitätspolitik für eine friedliche Welt

Konferenz der österreichischen
Friedensbewegung zum 65. Jahrestag der
Erklärung der immerwährenden Neutralität und
zum 75. Jahrestag der Gründung der Vereinten
Nationen

**Freitag, 23. Oktober 2020,
16:00 – 20:00 Uhr**

ÖGB-Catamaran, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
(Wilhelmine-Moik-Saal)

Ablauf:

□ **16:00** Eröffnung durch **Dr. Marcus Strohmeier**,
Internationaler Sekretär des ÖGB

□ **16:15** Keynotes

o Bundespräsident a.D. **Dr. Heinz Fischer**

o Neutrales Österreich – Quo vadis?

(Priv.-Doz. Mag. Dr. Thomas Roithner,
Friedensforscher)

o Die Rolle der UNO als globales
Friedensinstrument

(Dr.h.c. Angela Kane, Vice President
International Institute for Peace)

□ **17.30** – 18:00 PAUSE

□ **18:00 – 19:30** Abschlusspodium (inkl.
Publikumsfragen)

o Keynote-Speaker

o Dr. Klaus Renoldner, Arzt und
Nachhaltigkeitsforscher

o Dr. Wilfried Leisch, Gewerkschafter*innen gegen
Atomenergie & Krieg

o Moderation: Stephanie Fenkart

□ **19:30** Verlesung der gemeinsamen Erklärung

□ musikalischer Abschluss („Betty Rossa &
Kapelle“)

ANMELDUNG – ACHTUNG!

Aufgrund von Corona ist nur eine stark beschränkte
Teilnehmerzahl von max. 100 Personen möglich. Es
werden Platzkarten ausgegeben, daher ist eine
Anmeldung unter Angabe von Vor- und Zunamen,
Adresse und E-Mail bis 20. Oktober 2020 unbedingt
erforderlich unter: oesolkom@gmx.at – wir leiten
dann die Anmeldung an den Organisator der
Veranstaltung, den ÖGB, weiter. Wir ersuchen um
Verständnis und freuen uns auf Ihre/Eure Teilnahme.

**Montag, 26. Oktober 2020
ab 10.00 Uhr**

TAG DER NEUTRALITÄT
Neutralität statt Kriegshetze und
Kriegsteilnahme!

Flugblattverteilaktion ab 10.00Uhr,

Treffpunkt:

1010 Wien, Nähe Burgring 6, vor dem
Eingang Volksgarten zum Heldenplatz,
zwischen Radweg und Fahrbahn/Straße/Ring

Wer uns dabei unterstützen will, ist herzlich
eingeladen. Anfragen bitte an:

oesolkom@gmx.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Wir danken für die Zusendungen und Spenden
auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit
auch in Zukunft angewiesen sind.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion
abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den
Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und
Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den
laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, das ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein
oder per Überweisung

Empfänger*in: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

**NEIN zur Krankenkasse in
Unternehmerhand!**
JA zur sozialen Krankenversicherung!

**Selbstverwaltung der
Arbeiter und Angestellten in der
Sozialversicherung wiederherstellen!**



<http://prosv.akis.at>

Datenschutzerklärung siehe: <http://prosv.akis.at> unter:
Über uns / Impressum & Datenschutz